

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

5. Ausgabe / 33. Jahrgang

Für Halle (Saale)

09. Mai 2023



Der Galeria-Kahlschlag ist eine Schande. Die Politik hat immer nur darauf gehofft, dass der Konzern sich schon retten würde und Hilfen ohne Bedingungen verteilt. Benko dankt, aber die Beschäftigten stehen vor dem Nichts.

www.die-linke.de

DIE LINKE.

Der Kahlschlag bei Galeria Kaufhof Karstadt geht weiter:

Beschäftigte werden reihenweise entlassen, die Abfindungen sind viel zu niedrig und am Ende bezahlt dafür vor allem der Steuerzahler.

Der Leerstand, den wir derzeit auch in Halle haben, ist schlecht, aber der Umgang mit den Arbeiter:innen noch deutlich schlechter.

Verantwortung dafür trägt auch die Bundesregierung, die Milliardenhilfen zugelassen hat, ohne auf den Gewinn des Immobilienunternehmers Benko zu setzen, der von Galeria vor allem profitiert hat.

Oder um aus einem Leserbrief in der Süddeutschen Zeitung zu zitieren: „So funktioniert der Kapitalismus. War Galeria Kaufhof nach der ersten Insolvenz 2020

vermeintlich saniert, so ist das Unternehmen 2023 erneut überschuldet, trotz mehrerer staatlicher, unbesicherter Nachrangdarlehen in Höhe von 650 Millionen Euro. Womöglich sind diese Mittel über Österreich direkt nach Panama weitergereicht worden. Hätte die Bundesregierung das Geld an die noch verbliebenen 15.000 Beschäftigten direkt ausgeschüttet, so hätten diese sicher was Sinnvolles mit den mehr als 40.000 Euro pro Person anfangen können.“ (gleft.de/5aO)

Wir fordern:

Keine Staatshilfen für den Gewinn von Unternehmer:innen, Weiterbeschäftigung aller Angestellten und faire Abfindung aller, die das nicht mehr wollen, sowieso Schadensersatz durch Enteignung.

1. Mai in Halle

Ein kämpferischer Erster Mai liegt hinter uns. Die aktuelle Streikbewegung hat sich dort genauso widerspiegelt wie Forderungen zur sozialen Krise. Konsens war: Die Preise müssen runter, die Löhne rauf! Und dafür braucht es Proteste, politischen Druck und vor allem Streiks! Bei uns am Stand auf dem Marktplatz gab es linke Buttons zum Selbermachen und Mainelken. Vielen Dank an alle, die dabei waren. Das Statement des Stadtvorstandes zum Ersten Mai:
„Wir unterstützen die Proteste der Gewerkschaften zum Ersten Mai und gehen mit unseren Positionen gemeinsam auf die Straße. Die Forderungen nach deutlich höheren Löhnen ist dabei die wichtigste Antwort auf die Inflationsskrise. Gerade wenn die Preise enorm steigen, brauchen die Menschen ein klares Lohnplus. Derzeit haben wir das Gegenteil, also einen effektiven Reallohnverlust. Die Mehrheit der Menschen wird immer ärmer. Das trifft gerade Menschen im Niedriglohnsektor, der in Halle weiterhin sehr groß ist. Dazu sind Rentner:innen, Studierende und Erwerbslose besonders von der Inflation betroffen. Das sind alles Gruppen, die in Halle stark vertreten sind. Das soziale Gefüge in der Stadt wird damit von der Krise weiter geschwächt. Auch wenn die Bundesregierung gerne von Solidarität redet, lässt sie zu, dass die Ärmsten immer ärmer werden. Deshalb solidarisieren wir uns explizit mit den Beschäftigten, die z.B. bei der Deutschen Bahn gegen den Reallohnverlust streiken und unterstützen die Diskussion über darüber hinausgehende soziale Fortschritte, wie etwa die 4-Tage-Woche.“





Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat Mai Geburtstag haben.



Liebe Genossin, lieber Genosse,
wir laden Dich hiermit herzlich zu unserer Aktions-
konferenz vom **30.06.-02.07.2023 in der Jugend-
herberge Frankfurt am Main** ein!

Wir wollen mit dir und vielen, die tagtäglich für eine
starke LINKE kämpft, zusammenkommen.

Lass uns gemeinsam Pläne entwickeln und in Praxis-
workshops Ideen entdecken, wie wir diese umsetzen
können.

Lass uns darüber nachdenken, wie wir Mitglieder
reaktivieren und neue hinzugewinnen.

Lass uns die Praxis unserer Treffen überdenken,
Kampagnenideen besprechen und Haustürgespräche
für die unterschiedlichsten Anlässe nutzen.

Lass uns eine gute Zeit haben!

DIE LINKE braucht #Aufbauheld:innen wie Dich!

Und selbstverständlich wollen wir an diesem Wo

chenende den wahlkämpfenden Genossinnen und
Genossen in Hessen mit einem gute vorbereiteten
Wahlkampfeinsatz unterstützen.

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos,
Tagung, Unterbringung und Verpflegung erfolgen in
der Jugendherberge. Fahrtkosten werden nicht über-
nommen, können aber - für den Fall, dass der jewei-
lige Kreisverband (Landesverband) diese nicht über-
nehmen kann - auf vorherigen Antrag übernommen
werden.

Für Rückfragen erreichst du uns telefonisch unter
030-24009232

oder per E-Mail unter aktionskonferenz@die-linke.de

Mit solidarischen Grüßen

Euer Team der Aktionskonferenz



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Ute Haupt/Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare
Spendeerbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
05.05.2023
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 02.06.2023

In memoriam Frigga



(mb) Viele von uns können sich sicher noch sehr gut an Frigga Schlüter-Gerboth erinnern, die am 1. Juni 2021 verstorben ist. Ihrem Engagement für die Umweltbelange in vielen Gremien und zu jeder Gelegenheit setzte die AG Wirtschaft und Umwelt des Stadtverbandes DIE LINKE.Halle mit einer Baumpatenschaft 2022 ein Denkmal.

Nun gilt es diesen Baum, eine Traubeneiche, regelmäßig zu gießen. (Leider nicht mit Wein, sondern nur mit Wasser.)

Wer Interesse hat, uns bei den Gießaktionen tatkräftig zu unterstützen, meldet sich bitte bei Marion Krischok persönlich, per E-Mail: marion.krischok@web.de oder telefonisch unter 0345 8062960

6. Juni 2023 - Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Süd „Clara Zetkin“

Zeit: 17:00 Uhr

Ort: Gesundheitszentrum Silberhöhe, Wilhelm-von-Klewiz-Straße 11, 06132 Halle

Wir wollen uns mit dem dann vom Landesparteitag beschlossenen Leitantrag zur Kommunalwahl 2024 sowie dem Kommunalwahlprogrammmentwurf von Halle beschäftigen.

26. Mai 2023 - AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung

Zeit: 18 Uhr

Ort: Gaststätte „Zum Kleeblatt“, Am Kinderdorf 1, 06124 Halle

JETZT!
Mitmachen!

**Liebe Seniorinnen und liebe Senioren,
hiermit lade ich euch zu unserem Senior:innen-Treff im Mai ein.**

Mai

Termin: **24.05.2023, 14:30 Uhr**

Ort: Linker Laden, Leitergasse 4

Thema: „La-Le-Lu - Ein Rendezvous mit Heino Gaze aus Halle“

Herr Thomas Kämmer wird uns den Komponisten und Texter aus Halle u.a. mit einem kleinen Film vorstellen. Dazu gibt's wie immer Kaffee und Kuchen.

Juni

Termin: **21.06.2023, 14:30 Uhr**

Ort: Linker Laden, Leitergasse 4

Thema: Diskussion zur Umfrage der Stadt zum Leben von älteren Menschen in Halle.

Hierzu eingeladen ist Frau Riethmüller, die Seniorenbeauftragte der Stadt Halle.

Ich freue mich, wenn ich euch wieder zahlreich zu unseren Veranstaltungen begrüßen kann.

Eure Vorschläge und Anregungen für unsere Senior:innen-Treffs sind auch weiterhin willkommen.

Lydia Roloff

Zum Sicherheitsgefühl in unserer Stadt

Bedürfnisse und Interessen von Menschen sind verschieden. Diese unterschiedlichen Bedürfnisse werden in Konflikten zum Ausdruck gebracht. Spätestens diese sind Anlass zur Kommunikation.

Zu diesen Konflikten gehören Lärm, Müll, Gewalt, Drogen, falsch parkende Autos, Radfahrer ohne Licht, Hundekot, Zigarettenkippen, Freilufttrinker oder piesler, Taubenfütterer, durchlöchernte Straßen oder Jugendliche in der Nacht.

Über all das muss miteinander geredet werden, und es müssen Kompromisse gefunden werden.

Anlaufstellen für die Probleme können hilfreich sein. Jedoch ist das Lösen der Probleme nur durch handelnde Menschen möglich und längerfristig erfolgreich. Der Stadtrat hat 2020 eine Richtlinie zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren beschlossen. Nutzen wir die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für ein tolerantes Zusammenleben, ein demokratisches Engagement in den Quartieren sowie zur Prävention von Radikalisierung.

Sicherheit gewährleisten geht nur durch starke Vernetzung von Strukturen. Zügig muss das Beleuchtungskonzept der Stadt geprüft, umgesetzt und wenn nötig auch erweitert werden. Frühzeitig sind Nutzer*innengruppen in städtebauliche Projekte einzubeziehen. Städtische Freiflächen müssen für vielfältige Begegnungs-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten da sein. Schulsozialarbeiter*innen und

Streetworker*innen wirken aktiv mit.

Die Belebung der Innenstadt, aber auch der Stadtviertel, hilft einem Sicherheitsgefühl mehr als jedes Verbot. Kulturelle und gastronomische Angebote für unterschiedlich gefüllte Geldbeutel sind ein Muss für eine Stadt zum Wohlfühlen. Einwohner*innen und Gäste finden eine Stadt lebenswert und anziehend, sobald diese vielfältige Aktivitäten bietet, auch nachts. Das Nachtleben müssen wir als Standort- und Wirtschaftsfaktor begreifen. Nicht nur die Getränkeindustrie verdient daran, sondern ebenso steigen die Gewerbesteuer und die Übernachtungen in den Hotels und Herbergen. Eine Vermittlung zwischen Veranstalter*innen, Clubs, Kneipen, Spätis und Anwohner*innen, Verwaltung und Politik ist dabei unumgänglich. Jugendliche brauchen Nachtleben an unregulierten Plätzen. Sie wollen chillen ohne Konsumzwang, ohne Eintrittsgeld und Gemägebühren. Sie wollen und müssen sich ausprobieren können und kreativ sein dürfen.

Nicht zuletzt tragen auch öffentlich für alle nutzbare Toiletten zur Attraktivität und damit Belebung unserer Stadt bei.

Marion Krischok

Sprecherin für Ordnung, Sicherheit und Bürgerbeteiligung

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Einberufung der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

Der Landesvorstand beruft die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt für den 3. Juni 2023 nach Aschersleben entsprechend der nachfolgenden Konzeption ein. Im

Mittelpunkt der 1. Tagung des 9. Landesparteitages stehen die Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen und zur Wahl des Europäischen Parlaments 2024.

Link zum 1. Antragsheft: <https://kurzelinks.de/uowz>

Antragsteller:
Landesvorstand

21. April 2023

Entwurf
Leitantrag

**an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der Partei
DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt
am 3. Juni 2023 in Aschersleben**

1 **Land. Leben. Zukunft**

2 **Leitlinien der LINKEN für die Kommunalwahlen 2024**

3

4 2024 finden in Sachsen-Anhalt zwei wichtige Wahlen statt. Die Bürgerinnen und Bürger haben
5 die Möglichkeit sowohl bei den Wahlen zum Europaparlament als auch bei den
6 Kommunalwahlen ihre Stimme abzugeben und damit mitzuentcheiden.

7

8 Kommunalpolitik ist eine Frage der Nähe: nah am Menschen, nah am Leben. Vieles, was
9 einen funktionierenden Alltag ausmacht, wird hier geregelt: die Erreichbarkeit der Schule und
10 des Supermarktes, beheizte Wohnungen und Schwimmbäder, offene Rathäuser und
11 Turnhallen. Beschäftigte der Kommune betreuen Kinder, pflegen Kranke, entsorgen den Müll.
12 Über „Systemrelevantes“ wird also entschieden in unseren Rathäusern, in unseren Kreis-,
13 Gemeinde- und Ortschaftsräten.

14

15 Die Wahlen finden in Zeiten multipler Krisen statt. Wir erleben die Klimakrise, eine
16 Energiekrise mit ihren unsozialen Folgen und auch die Nachwirkungen der Pandemie sind
17 noch nicht überwunden. Unter den steigenden Kosten auf Grund der Inflation und des
18 Fachkräftemangels leiden nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die
19 Kommunen. Diese Wahlen werden überschattet vom imperialistischen Angriffskrieg
20 Russlands gegen die Ukraine, deren Folgen auch im kommenden Jahr noch präsent sein
21 werden.

22

23 Gesellschaftliche Strukturen, demokratische Mitbestimmung und sicher geglaubte
24 Perspektiven werden in Frage gestellt. Die kommunale Selbstverwaltung ist auf Grund der
25 Vielzahl von zusätzlichen Aufgaben und steigenden Ausgaben nur noch bedingt gewährleistet.
26 Wir brauchen aber handlungsfähige Kommunen, deshalb bleibt unsere Forderung: Die
27 Krisengewinnler müssen zahlen! Unsere Forderungen zur Umverteilung von Reichtum sind
28 nach wie vor aktuell: eine Vermögenssteuer, eine Vermögensabgabe, die Übergewinnsteuer in
29 Krisenzeiten, die Deckelung von Energie- und Lebenshaltungskosten, die öffentliche Kontrolle
30 der Preise, die Stärkung von Bus und Bahn.

31

32 Neben den regionalen Unterschieden der Kommunen gibt es grundsätzliche Ziele LINKER
33 Politik: Wir wollen Zusammenhalt stärken, soziale Ungleichheit zurückdrängen und marktfreie
34 Räume verteidigen. Der Klimaschutz und die Energiewende sind drängende
35 Herausforderungen unserer Zeit. Wir setzen uns für eine klimaneutrale Entwicklung unserer

36 Kommunen ein, deren Kosten gemeinschaftlich getragen und sozial ausgewogen verteilt
37 werden. Als antifaschistische Kraft tritt DIE LINKE Rechtsextremismus und Rassismus
38 entgegen. Wir reichen den Menschen aus kriegszerbombten Städten wie Mariupol und Aleppo
39 unsere Hand. In Zeiten verschärfter Konkurrenz gilt für DIE LINKE: Gesellschaftlichen
40 Reichtum gerecht umverteilen, statt arm gegen arm auszuspielen.

41

42 **Die LINKE will eine zukunftsfeste öffentliche Daseinsvorsorge**

43

44 DIE LINKE ist die Partei der öffentlichen Verantwortung. Was alle brauchen, muss öffentlich
45 zugänglich sein. Wir nennen das Daseinsvorsorge. Zu Hause ist mehr als eine Wohnung oder
46 ein Haus. Ein Zuhause muss bezahlbar sein, es braucht Strom, Internet, Wärme und Wasser,
47 Bus und Bahn, Kita und Schulen, Theater und Bibliotheken, Krankenhäuser, Arztpraxen und
48 Apotheken. All das und viel mehr macht attraktive Lebensbedingungen aus. Der Schlüssel
49 dafür ist für uns als LINKE, dass alles, was dafür gebraucht wird, in öffentlicher Hand ist. Und
50 es muss idealerweise barrierefrei erreichbar sein, auf dem Land und in der Stadt. Nur so hat
51 Land. Leben. Zukunft.

52

53 Wir sagen: Was alle zum Leben brauchen, darf nicht dem Profitstreben Einzelner unterliegen,
54 sondern muss demokratisch kontrolliert und durch alle mitbestimmt werden. Die öffentliche
55 Daseinsvorsorge soll deshalb in der öffentlichen Hand verbleiben oder dorthin zurückgeholt
56 werden.

57

58 Herzstück für uns sind optimal finanzierte Krankenhäuser in öffentlicher Hand, ein
59 landesweiter Klinikverbund und eine flächendeckende Präsenz von Haus- und Fachärztinnen
60 und -ärzten. Und: LINKE sind auch kommunalpolitisch offen für Neues. Digitalisierung,
61 Telemedizin und Künstliche Intelligenz helfen heute schon dort, wo sie auf offene Kommunen
62 treffen, Mängel der medizinischen Versorgung und Pflege zu dämpfen.

63

64 Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist für uns zentral, damit Energie bezahlbar, sicher und
65 klimagerecht verfügbar wird. Unsere kommunalpolitische Erfahrung ist, dass die Akzeptanz
66 vor Ort steigt, wenn die Menschen vom Ausbau profitieren und nicht noch mit höheren
67 Stromkosten belastet werden. Deshalb ist für uns klar: Wir überlassen die Stromproduktion
68 nicht privaten Konzernen, sondern stärken unsere kommunalen Stadtwerke und unterstützen
69 sie dabei, Strom selbst zu produzieren. Energienetze müssen in öffentliche Hand
70 zurückgeführt werden. Profitgetriebene Energiekonzerne wollen wir rekommunalisieren.

71

72 Um auch zukünftig wichtige Bereiche wie Schule, Kita, Gesundheit, Pflege und Mobilität
73 anbieten zu können, braucht es Fachkräfte, die in Sachsen-Anhalts Kommunen gut und gerne
74 leben können. Und es braucht gute Kommunalpolitik, die darauf einen Fokus setzt. DIE LINKE
75 wird dies tun.

76

77 DIE LINKE setzt sich für eine nachhaltige Stadt- und Gemeindeentwicklung ein, in dem sie bei
78 jeder Investitionsentscheidung, egal ob Strukturwandelprojekte, Industrie- oder
79 Gewerbeansiedlung oder Ausweitung von Wind- oder Solarenergieanlagen, ob Ausweisung
80 neuer Wohnsiedlungen oder großflächiger Verkaufsfächen die langfristigen Auswirkungen auf
81 Mensch und Umwelt hinterfragt und dabei den sozialökologischen Aspekt in den Vordergrund
82 stellt. Wir setzen uns ein für klimaangepasste Stadt- und Gemeindeentwicklungen damit
83 unsere Kommunen auf die Herausforderungen des Klimawandels besser vorbereitet sind.

84 Wertvolles Ackerland soll nicht zugunsten von Wohnanlagen oder zur industriellen Nutzung
85 versiegelt werden. Unsere Böden sind eine wichtige Wertanlage für die Zukunft.

86

87 **DIE LINKE will barrierefreie Mobilität für alle – überall**

88

89 Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am öffentlichen Leben. Nicht nur dafür
90 braucht es einen gut ausgebauten und verzahnten öffentlichen Nahverkehr, sondern auch als
91 wichtigen Baustein zur Bewältigung der Klimakrise und für Klimagerechtigkeit. Dabei muss er
92 auch (für alle) bezahlbar sein. Wir arbeiten daran, die bestehende Alternativlosigkeit des
93 Autos (motorisierten Individualverkehrs), insbesondere in den ländlichen Regionen zu
94 beseitigen, aber nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger und nicht durch
95 Einschränkungen der Mobilität.

96

97 Deshalb gehören die Stärkung des Umweltverbundes und der Ausbau des Geh- und
98 Radwegenetzes zur Agenda linker Kommunalpolitik. Das 49-Euro-Ticket ist eine
99 Vergünstigung gegenüber dem vorherigen Status quo, aber eben nur für diejenigen, die sich
100 das leisten können.

101

102 Es braucht die Einführung eines 365-Euro-Tickets mit kostenfreien Tickets für Schüler:innen,
103 Studierende und Menschen, die Sozialleistungen erhalten sowie eine zügige Umstellung auf
104 einen fahrscheinlosen ÖPNV in Deutschland, bezahlt durch gerechte Steuern für die
105 Reichsten und den Abbau klimaschädlicher Subventionen. Um weiße Flecken im ÖPNV im
106 ländlichen Raum auszufüllen stehen wir dem autonomen Fahren offen gegenüber.
107 Modellprojekte wollen wir unterstützen und evaluieren.

108

109 **DIE LINKE will mehr soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt**

110

111 DIE LINKE thematisiert auf allen Ebenen die immer mehr zunehmende Polarisierung in Arm
112 und Reich in unserer Gesellschaft. Ein Etikettenschwindel von Hartz IV in Bürgergeld allein ist
113 seitens der Politik deutlich zu wenig. Ein Fünftel der Kinder in unseren Städten und Dörfern
114 sind arm. Die Inflation und die steigenden Energie- und Heizkosten verschärfen die Armut,
115 gerade auch von Rentner:innen. Diese Probleme können nicht auf kommunaler Ebene
116 behoben werden, aber wir können in den Kommunen Einfluss nehmen, wie der Zugang zu
117 staatlichen Hilfen gestaltet wird, wie Bildungsangebote wirken, wie Vereine und Verbände
118 arbeiten. Das betrifft auch den solidarischen Umgang mit allen Flüchtlingen.

119

120 Kommunale Räte finden unterschiedliche Bedingungen und Probleme vor: In den großen
121 Städten konzentriert sich Armut, die Mittelstädte und das Land verlieren hingegen an
122 Infrastruktur. Auch in ostdeutschen Städten und Gemeinden steigen Mieten und immer
123 deutlicher trennen sich teure von armen Wohngebieten ab. Kommunales Eigentum und
124 Wohnungsgenossenschaften sind entscheidende Steuerinstrumente für Zusammenhalt und
125 soziale Durchmischung der Quartiere. Der Bestand kommunaler Wohnungen und kommunale
126 Wohnungsunternehmen sowie Wohnungsgenossenschaften müssen geschützt werden.

127

128 Immer mehr Menschen leben allein, nicht nur im hohen Alter. Wir brauchen mehr und neue
129 Möglichkeiten der Begegnung für Alt und Jung, für Alleinerziehende, für Kinder und Familien,
130 für Senior:innen und ärmere Menschen. Leben und Arbeiten müssen wieder enger
131 zusammenrücken. In ganz Sachsen-Anhalt existiert nur noch ein großes Warenhaus, wir
132 brauchen eine Neubelebung von verödeten Innenstädten und Dorfkernen. Wir wollen

133 multifunktionale Begegnungsstätten erproben, die Beratungsmöglichkeiten, Ausleihen,
134 Reparaturwerkstätten und Gesprächsräume vereinen. Nicht jeder Haushalt muss einen
135 Drucker oder Werkzeug besitzen. Dorfläden sind oft nicht konkurrenzfähig gegen die „grüne
136 Wiese“, deshalb brauchen sie Förderung als gemeinschaftliche Halte- und Begegnungspunkte.
137 Jugendliche brauchen Freiräume und eigene Begegnungsstätten. Wir setzen uns auf
138 kommunaler Ebene für den Erhalt soziokultureller Zentren ein und unterstützen die Schaffung
139 neuer Orte zur selbstbestimmten Gestaltung.

140

141 Sicherheit beginnt für uns nicht mit Videoüberwachung, sondern mit Chancengleichheit,
142 Zusammenhalt und Gesundheitsschutz. Wir wollen Klimaschutzkonzepte in allen Kommunen.
143 Diese sind relevant für alle gesellschaftlichen Bereiche, zentral für den Schutz gegen Dürre,
144 Überschwemmungen und andere Extremwetter. Mehr Verschattung und der Erhalt sowie
145 Neuanpflanzung von Bäumen, Grünflächen und Waldgebieten als Hitzeschutz, CO-Speicher
146 und Augenfreude hat oberste Priorität.

147

148 Vor allem der Fachkräftemangel erschwert die Erfüllung kommunaler Aufgaben und wird
149 durch die Zunahme von Aufgaben, die von der Kommune übernommen werden müssen,
150 verstärkt. DIE LINKE ist sich daher bewusst, dass neben dem Lohn und den
151 Arbeitsbedingungen auch die kommunale Finanzausstattung verbessert werden muss.

152

153 **DIE LINKE will Bildung, die ankommt**

154

155 DIE LINKE ist die Partei, die sich für den Erhalt eines ortsnahe und flächendeckenden
156 Schulnetzes einsetzt. Die Versuche der Landesregierung, den zunehmenden
157 Lehrer:innenmangel zu bewältigen, scheitern an unzureichenden und halbherzigen
158 Lösungsvorschlägen. Die Kinder brauchen in unseren Dörfern und Städten eine Zukunft, dafür
159 braucht es Investitionen in Schulen und Kitas. Deshalb will DIE LINKE, dass
160 Standortentscheidungen nicht nach Einspareffekten, sondern im Interesse bestmöglicher
161 Ausbildungsbedingungen aller Schüler:innen, Auszubildenden und Studierenden getroffen
162 werden.

163

164 Die Digitalisierung der Schulen ist zudem keine kurzfristige Maßnahme, sondern eine
165 Entscheidung für die Zukunft. DIE LINKE will sie konsequent und nachhaltig vorantreiben.
166 Dafür braucht es auch eine ausreichende Personalausstattung zur Unterhaltung der Technik
167 und Medienkompetenz der Lehrer:innen und Schüler:innen.

168

169 DIE LINKE setzt sich im Land für eine Verstärkung der Schulsozialarbeit ein. Sie ist ein
170 wichtiges Bindeglied zwischen Schule, Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern und schafft
171 sichere Räume und Vertrauen vor allem für Schüler:innen. Sie ist auch ein wesentliches Mittel
172 zur Vermeidung von Schulabbrüchen. Unser Ziel ist dabei auch, dass Kinder und Jugendliche
173 mit und ohne Beeinträchtigungen mit- und voneinander lernen. Deshalb muss integrative
174 Beschulung bedarfsgerecht sichergestellt und finanziert werden.

175

176 **DIE LINKE will mehr Gewicht für Kommunalpolitik**

177

178 Kommunale Räte erlassen keine Gesetze, sondern setzen Vorgaben der Europäischen Union,
179 des Bundtages und der Länder um. Die Kommune ist also demokratisches Bewährungsfeld,
180 hier zeigen sich Wirkungen, Probleme und vor allem Veränderungsbedarf. Deshalb verdient
181 Kommunalpolitik mehr Aufmerksamkeit. DIE LINKE vernetzt Mandatsträger:innen landes- und

182 bundesweit. Wir fordern nicht in Dauerschleife Flüchtlingsgipfel, sondern gute Bildungs- und
183 Familienpolitik, sozial flankierten Klimaschutz und Armutsbekämpfung auf allen politischen
184 Ebenen.

185

186 Die Kommunen in Sachsen-Anhalt sind seit Jahren chronisch unterfinanziert, damit verbunden
187 sind Einschnitte in vielen Lebensbereichen und ein gewaltiger Investitionsstau. Die Ursachen
188 sind vielfältig. Sie reichen von Altschulden auf Grund von Fehlinvestitionen über zu geringe
189 Gewerbesteuern bis hin zu fehlenden Einkommens- und Umsatzsteuern, weil Sachsen-Anhalt
190 nach wie vor ein Niedriglohnland ist. Aber die Kommunen brauchen eine ausreichende
191 Finanzausstattung und eine Ausfinanzierung der Aufgaben, die ihnen vermehrt von Bund und
192 Land übertragen werden. Sonst bleiben noch mehr Bibliotheken und Schwimmbäder
193 geschlossen, können Straßen und Brücken nicht saniert werden und in der Nacht bleiben die
194 Gemeinden dunkel.

195

196 Wir wollen Gemeinden mit solidarischem Zusammenhalt, sozialer Sicherheit und
197 demokratischer Beteiligung aller. Damit das auf allen Ebenen möglich ist, müssen auch die
198 Mitbestimmungsrechte der Ortschaftsräte gestärkt werden, denn sie sind für uns wichtige
199 Akteure der Kommunalpolitik. Sie können wohnort- und bürgernah agieren. Ihre Tätigkeit
200 muss stärker Berücksichtigung im Gemeinde- bzw. Stadtrat finden. Senioren-, Jugend- und
201 Migrant:innen-Beiräte dürfen nicht nur Gesprächsforum sein, sondern müssen
202 Kommunalpolitik wirklich beeinflussen können.

203

204 Unter dieser Prämisse fordert DIE LINKE, dass alle landespolitischen Gesetze und
205 Entscheidungsgrundlagen auf den Prüfstand zu stellen und die demokratische Mitbestimmung
206 der Bürger:innen und Kommunen wieder herzustellen sind.

207

208 Kommunale Themen haben direkten Einfluss auf das Leben vor Ort. So ist bei der Ausweisung
209 von Eigenheim- und Industriesiedlungen zu prüfen, ob es eine ausreichende Anbindung an
210 den ÖPNV und ein Radwegekonzept gibt, und ob Schule, Kitas, Arztpraxen geplant sind. All
211 das muss von den kommunalen Mandatsträger:innen langfristig bedacht und entschieden
212 werden.

213

214

215 **Wir leben in einer Zeit voller Umbrüche. Vieles wird sich in den nächsten Jahren**
216 **ändern, und DIE LINKE will, dass dabei die Richtung stimmt: Für sichere und belebte**
217 **Innenstädte und Dörfer, für bezahlbares Wohnen und Arbeiten in der Stadt und auf**
218 **dem Land. Für mehr Natur- und Hitzeschutz und weniger Versiegelung natürlicher**
219 **Flächen. Für Kommunen als guter Lebensort und guter Arbeitgeber mit ausreichend**
220 **Fachkräften in der Betreuung, Pflege und Gesundheitsversorgung.**



Bewerbung als Co-Landesvorsitz

Hendrik Lange

geb.: 20.01.1977

Stadtverband Halle

Beruf: Dipl. Biologe

Tätigkeit: Mitglied des Landtags

Ehrenamt: Stadtrat in Halle; Vorsitz BBZ „lebensart“ e.V.; Vorsitz

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt

Gewerkschaft: GEW

Liebe Genoss:innen,

gemeinsam mit Janina Böttger möchte ich für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt Verantwortung übernehmen. Ich bewerbe mich hiermit um den Landesvorsitz unserer Partei.

Auch und gerade, weil die Partei in einer schwierigen Situation ist, finde ich es wichtig, dass wir uns im Landesverband auf unsere Stärken zurückbesinnen. Das war immer unsere kommunale Verankerung – getragen von unseren Mandatsträger:innen, die nah dran und „Kümmerer vor Ort“ sind. Die Kommunalwahlen 2024 stehen unmittelbar vor der Tür. Mit meiner langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung möchte ich helfen, dass unsere Partei einen starken Wahlkampf bestreitet und wieder stark in den „Kommunalparlamenten“ vertreten sein wird.

Dafür gilt es kompetente Mitstreiter:innen zu gewinnen, eine mitreißende Kampagne gemeinsam mit den Kreisverbänden und Akteur:innen vor Ort zu entwerfen und starke Listen in den Städten und Gemeinden aufzustellen. Dabei können wir auf eine Mischung aus jungen, neuen Mitstreiter:innen und unseren erfahrenen Kommunalpolitiker:innen nicht verzichten.

Ich bin bereit und habe Lust darauf, die wichtige Arbeit vor Ort in den Orts- und Kreisverbänden bei der Vorbereitung der Kommunalwahl zu unterstützen.

Es muss uns als Partei wieder gelingen, Strahlkraft zu entwickeln, einen Gebrauchswert zu vermitteln und Menschen anzuziehen. Dazu gehört auch eine faire und solidarische Diskussionskultur, der Raum für Meinungsaustausch und die Bereitschaft, sich in Diskussionen aufeinander einzulassen.

Mit meiner langjährigen Erfahrung als Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung möchte ich mich für diese Diskussionsprozesse einsetzen und dafür werben, die Expertise der Stiftung auf Landes- und Bundesebene gewinnbringend zu nutzen. Der Blick von außen und der Blick aus der Wissenschaft können und sollten für uns als Partei sinnvoll genutzt werden.

Inflation, Krieg und menschengemachter Klimawandel – die Zeiten sind herausfordernd und krisengeschüttelt. Die Angst, Miete und Energie nicht mehr bezahlen zu können, reale Sorgen vor (Alters)armut und blanke Existenzängste treiben immer mehr Menschen um.

Verunsichert und teils enttäuscht fragen sie zu Recht:

Was ist soziale Gerechtigkeit? Und wo bleibe ich in dieser Gesellschaft?

Für DIE LINKE ist klar: Unsere Antworten auf diese Fragen und Nöte sind immer solidarisch. Wir treten keine Neiddebatten los und befeuern sie, wie das neoliberale, konservative und rechte Kräfte tun – sei es bei der Debatte um das Bürgergeld oder um die Aufnahme von Geflüchteten. Unsere Aufgabe ist es, Zusammenhalt zu stärken, nicht Gesellschaft zu spalten. Dazu gehört, den unermesslichen Reichtum der Wenigen zu kritisieren, den sie auf dem Rücken der gesamten Gesellschaft anhäufen.

Wir müssen mit lauter Stimme diesen Reichtum angreifen und zum Wohle der Gesellschaft umverteilen wollen. Auch die Klimakrise ist ein Produkt der kapitalistischen Gesellschaft. Die Parole „Wachstum – koste es, was es wolle“, hat Gesellschaft und Natur an den Rand der Katastrophe geführt. Eine moderne sozialistische Kraft denkt deshalb soziale und ökologische Gerechtigkeit immer zusammen. Nur so können wir unsere Lebensgrundlagen erhalten.

Weltweit sind wir dabei mit Strömungen konfrontiert, die ihre Interessen

nationalistisch, chauvinistisch und menschenverachtend durchsetzen wollen.

Wir hingegen sind eine klar antifaschistische und feministische Partei. Wir setzen uns für gesellschaftliche Vielfalt und ein gemeinsames Miteinander ein – egal wo jemand herkommt, welche Religion ein Mensch hat, welchem Geschlecht oder welcher Sexualität sich ein Mensch zugehörig fühlt.

Und natürlich sind wir die Partei, die sich für eine friedliche Welt einsetzt und internationale Solidarität zum Leitbild hat. Für mich heißt das, solidarisch mit denjenigen zu sein, die unter Angriffskriegen leiden und die Aggressoren klar zu benennen – egal ob in Rojava oder in der Ukraine.

Wir sind uns alle einig, dass es eine starke LINKE in unserem Land und in Europa braucht. Wir müssen uns unserer Aufgabe bewusst sein, uns gegen die Missstände in der Gesellschaft stemmen und gegen die, die sie verursachen. Der politische Gegner wartet nur darauf, dass wir uns selbst aufgeben. Ich möchte alles daran setzen, dass wir ihm diesen Gefallen nicht tun. Ich möchte meine Erfahrung, mein Wissen und meine Persönlichkeit einbringen, damit wir gemeinsam als starke linke Kraft unsere Kommunen, unser Land und Europa gestalten.

Dafür werbe ich um eure Stimme!

Rezension

Astrid Fritz Der Totentanz zu Freiburg. Ein Fall für Serafina. Rowohlt Taschenbuchverlag, Hamburg 2023, ISBN 978-3-405-00593-0, 299 S.

Dies ist der siebte Band einer historischen Krimireihe, in der die jetzige Armenapothekerin, ehemalige Hübschlerin und Begine, Serafina und ihr Ehemann, der Medicus Achaz einen dreifachen Mörder suchen. Die Kenntnis der vorausgegangenen Bände ist nicht Bedingung, um das Gefühlsleben und die mittelalterliche Welt Serafinas zu verstehen. Wie immer werden die beteiligten Personen eingangs vorgestellt, vieles taucht dann auch im Buch als Rückbezug auf.

Diesmal ist es Serafinas unehelicher Sohn, der Gaukler Vitus, der des Mordes verdächtigt wird. Serafina muss diesen daher nicht nur zunächst verstecken, sondern vor allem dessen Unschuld beweisen und den wahren Mörder entlarven. Nicht nur, dass sie als Frau im Mittelalter kaum ernst genommen wird, diesmal wird sie und ihr neugeborenes Kind ebenfalls bedroht.

Sie hat jedoch auch UnterstützerInnen - sowohl im eigenen Haus, als auch bei den Beginen - und sogar vom Sackpfeiffer - die damals gebräuchlichen und im Buch auftauchenden authentischen Begriffe werden am Ende ebenfalls erklärt.

Das gelungene Mittelalterbild im Buch lädt dazu ein, mehr zu erfahren - möglich ist dies auf der Homepage der Autorin, wo sich eine ausführliche Beschreibung sowohl zur Stadt Freiburg im Mittelalter, zur Lebensweise der Beginen, mythischen Vorstellungen in der Bevölkerung dieser Zeit findet, als auch zur Figur der Serafina. Diese Begleitung der Bücher von Astrid Fritz durch eine spezielle homepage mit vielen historischen Informationen, Bildern und Erläuterungen ist eine Besonderheit, die diese Buchreihe aus einer Vielzahl anderer historischer Romane heraushebt.

Gesine Agena Patricia Hecht Dinah Riese Selbstbestimmt. für reproduktive Rechte Verlag Klaus Wagenbach Berlin 20223, ISBN 978-3-8031-3715-9, 203 S.

Beginnend damit, wie Bevölkerungspolitik historisch gewachsen ist, insbesondere wie Kirche und Staat im Laufe der Jahrhunderte ihre Vorstellungen dazu durchsetzen konnten, wer Kinder bekommen soll und wer nicht, gehen die Autorinnen darauf ein, wie sich Verhütung entwickelt hat. Dezidiert wird dargestellt, wem sie aufgezwungen und wem sie erschwert bzw. vorenthalten wird. Zitiert wird die schwarze Bürgerrechtlerin Angela Davis: „Was als Recht der Privilegierten gefordert wurde,... wurde eine Pflicht für die Armen“ (S. 45), insbesondere für POCs bzw. Frauen des Südens. Dies war lange Zeit für die weiße feministische Bewegung kein Thema bzw. war diese, auf diesem Auge blind. Noch heute gilt, dass Vorstellungen darüber, wer Kinder bekommen soll und wer nicht, eng an Normvorstellungen und Hierarchien gekoppelt sind, die von weiß, nicht behindert und cisgender ausgehen. „Wer aus der Norm fällt, muss ums Existenzrecht kämpfen - um das eigene und das seiner oder ihrer Kinder“ (S. 73).

Im nächsten Kapitel wird auf das Ringen um freien und

sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen eingegangen, inklusive einer Beschreibung der internationalen Netzwerke, die sich dem Kampf gegen diesen Zugang und gegen die reproduktiven Rechte generell verschrieben haben - allen voran seit Jahrhunderten die katholische Kirche.

Es folgt eine Auseinandersetzung mit den neuen Reproduktionstechnologien, ihren Vor- und Nachteilen für die Menschen, mit der Regelung zu ihrem Zugang und der Gewinnabschöpfung durch die Betreiber der entsprechenden Kliniken. Ebenso thematisiert werden die ungleichen Bewertungen der Geschlechter - während gespaltene Mutterschaft bei Eizellspende und Leihmutterschaft offensichtlich ein heftig debattiertes Problem darstellt und zu Verboten führt, sei gespaltene Vaterschaft kein Grund die Samenspende zu verbieten (vgl. S. 120/121). Häufig ausgeblendet würde in den Überlegungen zur Leihmutterschaft außerdem, dass hier Menschen bestellt werden, d.h. der Mensch Warencharakter annehme. Das letzte Kapitel analysiert, dass Kinder mancher

Menschen gesellschaftlich zwar erwünscht sind, „der Staat sich jedoch kaum bemüht, die Umstände des Kinderkriegens würdevoll zu gestalten“ (S. 14). Berichtet wird über Zwang und Diskriminierung von

Frauen unter der Geburt.

Dieses Buch macht einmal mehr deutlich, dass der Zugang zu reproduktiven Rechten ein Gradmesser für Demokratie ist.

Aus dem Landtag

Landtagspräsident Schellenberger brüskiert Landesregierung und Landtag

Zur Debatte um dem Landtagspräsidenten Gunnar Schellenberger betont Eva von Angern, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE:

„Die Vielzahl von Erklärungen, die mittlerweile zum Verhalten des Landtagspräsidenten und seinem geheimen Deal zur Fachkräfteanwerbung mit Usbekistan veröffentlicht wurden, zeichnen ein krudes Bild und sind widersprüchlich.

Die CDU-Fraktion behauptet heute, dass alle Fachministerien bei diesem Versuch der Fachkräfteanwerbung eingebunden seien. Parallel dazu hat die zuständige Fachministerin Petra Grimm-Benne gestern erklärt, dass ihr Ministerium nicht eingebunden wurde. Völlig offen bleibt, wann Ministerpräsident Haseloff als oberster Regierungschef eingebunden wurde. Dieses Handeln zeugt von einem völlig demokratiefremden Verständnis von Politik. Die CDU will jetzt ihren Landtagspräsidenten schützen, blamiert aber damit den eigenen Ministerpräsidenten und das

Kabinett völlig.

Wenn das Handeln des Landtagspräsidenten Schellenberger weiter so zugelassen wird, dann ist das ein künftiger Freibrief der größten Fraktion für die Art und Weise der Amtsausübung durch den Präsidenten. Die CDU hat eine erhebliche Verantwortung für das höchste Amt im Land und auch für den Landtag, deren Abgeordnete durch diese Gutsherrenart des Landtagspräsidenten wieder einmal brüskiert wurden.

Es gibt Persönlichkeiten, die nur durch konsequent gesetzte Grenzen lernen. Das aktuelle Verhalten ist genau das Gegenteil davon, was eine gute Präsidentschaft ausmacht.

Wenn die Landesregierung sich nicht völlig unglaubwürdig machen will, dann muss sie jetzt handeln und den Landtagspräsidenten offen kritisieren. Auch die SPD fordert jetzt Aufklärung im Ältestenrat, eine Sondersitzung muss schnell einberufen werden. Eine Anfrage an die Landesregierung haben wir bereits gestellt.“

Berufung eines Bildungsforums sowie bundesweite Ausbildungsoffensive aller Bundesländer

Thomas Lippmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, betont in der Landtagsdebatte um ein Bildungsforum und den Staatsvertrag zur Lehramtsausbildung:

„In ganz Deutschland wurde in den letzten 25 Jahren eine Entwicklung zugelassen, die zu einem bishernicht dagewesenen Mangel an ausgebildeten Lehrkräften in allen Bundesländern geführt hat. Mangelhafte Bildung gefährdet die Lebensperspektiven ganzer Generationen und schwächt die ökonomische Basis unserer Wirtschaftsordnung. Bundesweit fehlen mehrere zeh-

tausend Lehrkräfte. Diese Lücke ist entstanden, weil seit Jahren nahezu alle Bundesländer weniger Lehrkräfte im eigenen Land ausbilden als sie anschließend in ihren Schuldiensteinstellen wollen. Die Folge ist ein ruinöser Wettbewerb, der inzwischen nur noch Verlierer kennt, weil die Decke schon lange überall zu kurz ist.

Jahrelang haben wir die Verbeamtung als Wettbewerbsvorteil gegenüber den Nachbarländern genutzt. Doch die haben auf diese Abwerbestrategie reagiert und sind auch zu den teuren Verbeamtungen zurückgekehrt. Der Gewinn an Lehrkräften, die andere Länder für uns ausgebildet haben, geht deshalb stark

zurück. Der Föderalismus und die Kultusministerkonferenz versagen in der Frage der Bedarfs- und Ausbildungsplanung für den Lehrkräftenachwuchs komplett. Um aus der Abwärtsspirale in der Lehrkräfteversorgung wieder rauszukommen, muss jedes Land für sich selbst schlicht so viele Lehrkräfte ausbilden, wie es selbst braucht.

Unsere Landesregierung hatte zum Jahresbeginn behauptet, dass wir ein Einstellungsdefizit von etwa 850 Stellen hätten. Aber das war natürlich Unsinn. Denn diese unbesetzten Stellen ergaben sich nur aus der Differenz zum Haushalt und nicht zu dem, was für ein zukunftsfähiges Bildungsangebot wirklich gebraucht würde. Tatsächlich fehlen uns derzeit an den allgemeinbildenden Schulen mehr als 2.000 Lehrkräfte. Dabei haben die Verwerfungen zwischen den Schulformen und den Regionen ständig zugenommen. Die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen wurden abgehängt und der Niedergang der Schulbildung verläuft im Norden und Osten des Landes schneller als im Süden und Westen. Aus Hilflosigkeit wird ja gern orakelt, dass zu wenige junge Menschen den Beruf ergreifen wollen, weil der nicht attraktiv wäre. Das ist aber ebenfalls Unsinn. Es gäbe genügend junge Menschen, die bei uns ein Lehramtsstudium aufnehmen wollen, man muss sie nur lassen. Unattraktiv ist lediglich das Lehramt an Sekundarschulen, dafür gibt es in der Tat in den meisten Fächern viel zu wenige Bewerbungen.

Es gäbe also schon lange die Möglichkeit, die Lehramtsausbildung an der Otto von Guericke-Universität bedarfsorientiert auszubauen und auch in Halle die Plätze viel besser auszulasten. Doch das wird durch die Landesregierung und die Koalition weiter blockiert. Darüber hinaus arbeiten in unseren Schulen inzwischen weit über 1.000 Lehrkräfte im Seiteneinstieg. Doch ein Drittel dieser Lehrkräfte scheidet nach

kurzer Zeit wieder aus dem Schuldienst aus – ein viel zu großer Verlust.

Wegkaufen ist immer noch billiger als selbst auszubilden. Selbst 16.000 Euro für einen Headhunterfang sind da ein Schnäppchen, wie uns die Bildungsministerin schon mehrfach versichert hat. Nur, das wissen und denken eben alle. Wenn es also nicht gelingt, mit allen Ländern gemeinsam und verbindlich eine verlässliche und objektive Grundlage für die Bedarfs- und Ausbildungsplanung zu schaffen und deren Umsetzung auch verbindlich zu überprüfen, dann wird alles so weiterlaufen, wie bisher. Die Kultusministerkonferenz ist zu einer grundlegenden Kurskorrektur nicht in der Lage. Das kann nur im Rahmen eines Staatsvertrages erfolgen. Denn es geht dabei vor allem darum, die notwendigen Mittel für die Ausbildung aufzubringen und die Länder nach ihrer Leistungsfähigkeit dabei zu unterstützen.

Den Dialog dazu zum Jahresbeginn mit einer Vielzahl von Akteuren zu beginnen, war richtig. Ihn fortzusetzen und dabei für andere Rahmenbedingungen zu sorgen, ist das Gebot der Stunde. Es gibt Erklärungen und Appelle, es gibt Weckrufe und Brandbriefe, es gibt Masterpläne und Positionspapiere, die nicht nur Kritik an den Zuständen und Sorge um die künftige Entwicklung zum Ausdruck bringen, sondern auch das Engagement vermitteln, durch eine gemeinsame Anstrengung und innovative Ideen das auf Grund gelaufene Schiff Schulbildung wieder flott zu bekommen. Dafür muss ein geeigneter Rahmen geschaffen werden, der bewusst an die positiven Erfahrungen mit dem Bildungskonvent anknüpft. Lassen sie uns gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren hier im Land und im Schulterschluss mit den anderen Bundesländern Verantwortung übernehmen und Verantwortung teilen und konstruktiv an der Überwindung dieser Schulkrise arbeiten.“

DIE LINKE.

**Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt**

KLIPP & KLAR

Zeitung der Fraktion
DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt

Aus dem Bundestag

Aufwärtsspirale bei den Löhnen notwendig, Pressemitteilung von Susanne Ferschl

"Das Loch im Geldbeutel der Lohnabhängigen wird größer und größer. Bereits das dritte Jahr in Folge erleben Beschäftigte erhebliche Lohnverluste, die das Leben trotz Arbeit unsicher und kaum finanzierbar machen. Das ist nicht hinnehmbar", kommentiert Susanne Ferschl, Fraktionsvize der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten, revidierten Daten, wonach der Reallohnindex im Jahr 2022 um 4 Prozent gesunken ist und den stärksten Reallohnverlust für Beschäftigte seit 2008 bedeutet. Ferschl weiter:

"Obwohl der Mindestlohn im letzten Jahr deutlich erhöht wurde, sind die Löhne insgesamt weniger stark gestiegen als prognostiziert. Darüber hinaus bleibt die

Inflation bei Grundnahrungsmitteln hoch, was vor allem Beschäftigte belastet, die zu niedrigen Löhnen arbeiten. Die Bundesregierung muss den Mindestlohn nicht nur einmalig anheben, sondern auch gesetzlich auf ein stabiles Fundament stellen. Das Gesetz sollte so angepasst werden, dass der Mindestlohn 60 Prozent des mittleren Einkommens nicht unterschreitet. Nur so ist sichergestellt, dass auch Beschäftigte im unteren Lohnbereich nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Notwendig und überfällig ist eine Aufwärtsspirale bei den Löhnen - dafür muss neben dem Mindestlohn auch die Tarifbindung gestärkt werden. Das fordert nicht bloß DIE LINKE, sondern das schreibt auch eine Richtlinie der Europäischen Union vor."

Charles-Besuch kostete 430.000 Euro: »Diese Monarchie-Förderung ist grotesk« Nachricht von Jan Korte

Großbritanniens König Charles III. war vom 29. bis 31. März mit seiner Gemahlin Camilla auf Staatsbesuch in Deutschland. Das hat den Steuerzahler hierzulande bisher mindestens 428.897 Euro gekostet, zeigt die Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage von Jan Korte. Die Abrechnung sei jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die Kosten sind demnach deutlich höher als bei anderen Staatsbesuchen der letzten Jahre, die um 100.000 Euro lagen. Dies liegt unter anderem an den horrenden Hotelkosten für das königliche Paar und ihre Entourage. Dafür zahlte die Bundesregierung fast 32.000 Euro. Die Kosten für "militärische Ehren" beliefen sich auf fast 92.000 Euro. Das opulente Staatsbankett, Geschenke und Reisekosten (inkl. Luftsicherheitskontrollen) schlugen in Höhe von etwa 55.000 Euro zu Buche. Für "Beflaggungen und Teppiche" mussten von der Bundesregierung fast 32.000 Euro aufgewendet werden. Am teuersten war nach den Angaben mit knapp 126.000 Euro der Einsatz des Wachbataillons. Die Kosten des Verfassungsschutzes wurden aus Geheimhaltungsgründen nicht

angegeben und konnten nicht einberechnet werden. Zusätzlich dazu entstanden, wie bei anderen Staatsbesuchen, dem Land Berlin immense Kosten, insbesondere für den erhöhten Sicherheits- und Personalaufwand, den Polizei und Sicherheitsbehörden des Landes betreiben mussten. Realistischerweise muss deshalb insgesamt von einer mindestens doppelt so hohen Summe ausgegangen werden.

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE, kommentiert die Zahlen:

"Ich finde diese dreiste Form von Monarchieförderung grotesk. Mir fehlt jegliches Verständnis dafür, dass für Leute, die Milliarden besitzen, in Großbritannien keine Steuern zahlen und mit wirklicher Demokratie wenig am Hut haben, hierzulande dann auch noch fast eine halbe Million an öffentlichen Geldern rausgehauen wird. Wer sich von den Ampel-Monarchiefans unbedingt im Schatten seiner Majestät sonnen will, der soll doch bitte auf Privatkosten nach London fahren und dort vorm Buckingham Palace rumlungern."